

Ergebnisse der Ermittlungen gelangten an die Öffentlichkeit

Disziplinarverfahren gegen Kreisrechtsoberärztin Christiane Münter

NWM (mo). Im Internet tauchte vergangene Woche das Ergebnis der Ermittlungen (50 Seiten) in dem noch laufenden Disziplinarverfahren gegen die Kreisrechtsoberärztin Christiane Münter (CDU) auf. Wie die Ermittlungsergebnisse dorthin gelangten, ist unklar.

Laut dem Schreiben wird der Beamtin unter anderem vorgeworfen, durch unbefugte Weitergabe von dienstlichen Informationen an dritte Personen außerhalb der Dienststelle, Dienstvergehen begangen zu haben - auch die private Nutzung des dienstlichen Internet-Zugangs. Insgesamt wurden über 80 E-Mails von ihrem Dienstrechner einzeln ausgewertet.

Im Ergebnis hat der Ermittlungsführer festgehalten, dass die Beamtin in mehreren Fällen durch den Versand von E-Mails von 2009 bis 2010 zu verschiedenen kreislichen Themen an Mitarbeiter innerhalb der Verwaltung als auch an Adressaten außerhalb der Verwaltung ihre Pflicht zur Amtsverschwiegenheit, ihre politische Mäßigungspflicht sowie ihre Gehorsams- und Unterstützungspflicht verletzt hat. Erhebliches disziplinares Gewicht haben nach seinen Angaben die Verstöße gegen die Verschwiegenheitspflicht, soweit sie die Preisgabe personenbezogener Daten und damit den Verstoß gegen eine besondere Geheimhaltungsvorschrift betrafen.

Wie der Ermittlungsführer in diesem Bericht mitteilt, hat Christiane Münter den ermittelten Sachverhalt im Wesentlichen eingeräumt. „Mit Blick auf den Versand von E-Mails im Rahmen ihrer kommunalpolitischen Tätigkeit führte sie allgemein ergänzend aus,

sie sei davon ausgegangen, die Inanspruchnahme des dienstlichen Internet- und E-Mailzuganges sowie des Speicherplatzes auf dem Server der Kreisverwaltung im Rahmen kommunalpolitischer Betätigung von Mitarbeitern sei angesichts des hohen Stellenwertes der ehrenamtlichen Tätigkeit innerhalb der Kreisverwaltung durch den Dienstherrn erlaubt und durch die Dienstvereinbarung zum Umgang mit dem Internet und der elektronischen Post gedeckt“, heißt es in diesem Bericht.

Gegen einige Weiterleitungen von E-Mails gibt es laut Ermittlungsführer keine Bedenken, aber bei anderen Weiterleitungen „hat sich die Beamtin der Verletzung der Pflicht zur Amtsverschwiegenheit, der politischen Mäßigungspflicht sowie der Gehorsams- und Unterstützungspflicht schuldig gemacht und sowohl

ein innerdienstliches als auch außerdienstliches Dienstvergehen verwirklicht.“ Weiter heißt es: „Durch den Versand der E-Mails zu verschiedenen kreislichen Themen an Mitarbeiter innerhalb der Verwaltung als auch an Adressaten außerhalb der Verwaltung hat die Beamtin zumindest teilweise ihre Pflicht zur Amtsverschwiegenheit, ihre politische Mäßigungspflicht sowie ihre Gehorsams- und Unterstützungspflicht verletzt.“

Als Beispiel wird unter anderem eine E-Mailweiterleitung zum Thema ‚Wirtschaftsför-



Ermittlungsakte gegen Christiane Münter gelangte an die Öffentlichkeit.

derungsgesellschaft NWM' angegeben. „Der Verstoß wiegt umso schwerer, als es sich bei den weitergeleiteten Informationen um Angelegenheiten des Dienstverhältnisses, mithin also um persönlich Daten handelt.“ Auch weitergeleitete Informationen über ihre Vorgesetzte, Landrätin Birgit Hesse, hätte sie nicht weiterleiten dürfen. Mit dem Zusatz ‚Wirklich herzergreifend' und ‚Nennt man das Verzweiflung?' leitete sie eine E-Mail der Landrätin an die Landkreis-Mitarbeiter weiter. Der Ermittlungsführer kam in diesem Fall zu der Erkenntnis: „In der Weiterleitung der Informationen liegt ein Verstoß gegen die Pflicht zur Unterstützung. Der damit verbundene Loyalitätsverstoß ihrer Vorgesetzten gegenüber wiegt deshalb besonders schwer.“